



Corona-Aktionsplan der SP MigrantInnen Schweiz

A. Information und Beratung für die Migrationsbevölkerung in ihrer Muttersprache sicherstellen

1. Es braucht in allen Kantonen und in allen grösseren Städten Beratungs- und Informationsstellen, die in Nicht-Landessprachen Informationen über Fragen der Covid-19-Vorsorge, Gesundheit, sozialen Auffangnetze und zum Aufenthalt und Einbürgerung an die Migrationsbevölkerung weitergeben und Beratung anbieten.

B. Aufenthaltsrecht und Einbürgerung

2. Wer jetzt in die Sozialhilfe rutscht, darf deshalb keine Nachteile im Aufenthaltsrecht und für seine zukünftige Einbürgerung erfahren.
3. Der Aufenthalt von Sans-Papier muss endlich legalisiert werden – aus menschlichen Gründen und als wichtige Massnahme zur nachhaltigen Eindämmung des Covid-19-Virus, aber auch zum Schutz guter Löhne und Arbeitsbedingungen von uns allen.

C. Das soziale Netz enger knüpfen

4. Wer bisher auf Stundenlohnbasis gearbeitet hat und sein Einkommen Corona-bedingt verliert, muss wie alle anderen Anspruch auf ein soziales Auffangnetz haben. Dieses fehlt immer noch gänzlich. Der Bund muss diese Lücke schliessen und seine Beiträge an die Erwerbsausfall- und Kurzarbeitsentschädigung zeitlich verlängern.
5. Auch Sans-Papier müssen einen legalen Zugang zur sozialen Sicherung und zur Gesundheitsversorgung erhalten, weil dies im Interesse aller liegt. Die Legalisierung von Sans-Papier und eine Amnestie für schwarz Arbeitende sind dringender denn je.
6. In der Migrationsbevölkerung gibt es besonders viele selbständig Erwerbende in kleinen bis sehr kleinen Unternehmen im Gastrobereich, Putzen, Zügeln usw. Vielen von Ihnen droht die Schuldenfalle. Zusätzliche Kredite sind da nicht immer zielführend. Es braucht unter bestimmten Voraussetzungen nicht rückzahlbare Beiträge für Löhne etc.
7. Die Hygiene- und Distanzregeln müssen auch in Asylzentren, Heimen, Anstalten und anderen Kollektivunterkünften gewährleistet sein, ebenso die Gesundheitsversorgung und das Recht auf sozialen Kontakt.
8. Die Eidgenössische Migrationskommission soll eine umfassende Erhebung über die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Migrationsbevölkerung durchführen und ein Massnahmenpaket zur Schliessung festgestellter Lücken erarbeiten.

D. Das Recht auf Bildung auch in der Covid-19-Krise sicherstellen

9. Die Wirtschaftskrise im Gefolge der Covid-19-Krise trifft Jugendliche und junge Erwachsene besonders hart. Eine Kinder- und eine Jugendgarantie müssen sicherstellen, dass bei Stellenlosigkeit niemand in die Sozialhilfe rutscht, sondern alle Betroffenen ihre Bildung und Ausbildung fortsetzen können.



10. Lernen auf Distanz bedingt zuhause ein Lernumfeld, das nicht alle Haushalte sicherstellen können. Es braucht gezielte Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwächen und für solche, deren digitale Infrastruktur zuhause ungenügend ist – im Krisenfall und auch danach.

E. Grundrechte und Ein- und Ausreise

11. Das Asylrecht darf auch in einer Krisensituation nicht eingeschränkt werden. Eine Grenzschiessung darf das Recht, ein Asylgesuch zu stellen, nicht behindern.
12. Die Asylverfahren sind trotz Distanzregeln weiterhin korrekt durchzuführen; namentlich müssen die Rechtsvertreter/innen der Asylsuchenden bei den Befragungen persönlich anwesend sein und die Fristen müssen gegebenenfalls erstreckt werden.
13. Kann jemand aufgrund der Covid-19-Krise nicht ausreisen, ist Ausschaffungshaft und Kürzung der Sozialhilfe aufgrund eines Ausschaffungsbeschlusses unhaltbar.
14. Es braucht pragmatische Lösungen, damit sich nahe Angehörige und unverheiratete Paare auch aus Risikoländern grenzüberschreitend treffen können. Drittstaat-Angehörige dürfen im Schengen-System nicht weiterhin schlechter gestellt werden.
15. Die Suche nach Sündenböcken und angeblichen Schuldigen an der Covid-19-Krise muss aufhören; Rassismus, Fremdenhass und dem in vielen Ländern wachsenden Nationalismus ist entschieden der Riegel zu schieben.
16. Häusliche Gewalt nimmt zu, ist aber weniger sichtbar denn je. Es braucht mehr Aufmerksamkeit, damit Kinder und Erwachsene, die häusliche Gewalt erfahren, erkannt und geschützt werden. Alle sind gefordert, Fälle von häuslicher Gewalt aktiv anzusprechen.

F. Die europäische und globale Dimension nicht vergessen

17. Die Schweizer Wirtschaft wird sich nur im Gleichschritt mit der europäischen Wirtschaft erholen können. Die Schweiz hat deshalb ein eminentes Interesse daran, sich an den Wiederaufbaukosten in der EU zu beteiligen und diesen Wiederaufbau europaweit für eine soziale Gestaltung des Green Deal und der Digitalisierung zu nutzen.
18. Antonio Guterres hat zu Recht festgestellt, dass in einer interdependenten Welt die Bekämpfung des Covid-19-Virus so gut gelingt wie das schwächste Gesundheitssystem das sicherstellen kann. Aus Solidarität und aus Eigeninteresse muss sich die Schweiz viel stärker als bisher auf multilateraler Ebene engagieren und dazu beitragen, dass die Covid-19-Pandemie und deren Folgen weltweit bekämpft werden können.
19. Namentlich in fragilen Kontexten (Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, Syrien, naher und mittlerer Osten) gilt es, zur nachhaltigen Verbesserung der katastrophalen Situation beizutragen. Überfüllte Flüchtlingslager sind sofort zu evakuieren.
20. Das beste Instrument zur mittel- und langfristigen Verhütung und Bekämpfung weltweiter Pandemien ist die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UNO Agenda 2030 und die Ausrufung eines weltweiten Waffenstillstandes.